

Oberbürgermeister Nimptsch

**STADT.  
CITY.  
VILLE.  
BONN.**

Landrat Kühn



RHEIN-SIEG-KREIS

An den  
Minister für Bauen, Wohnen,  
Stadtentwicklung und Verkehr  
des Landes Nordrhein- Westfalen  
Herrn Michael Groschek  
40190 Düsseldorf

Sehr geehrter Herr Minister Groschek,

aus Anlass der in der Region Bonn anstehenden umfangreichen und langjährigen Baumaßnahmen im Autobahnnetz hatte die Stadt Bonn für den 29. Januar 2013 zu einer Konferenz der Verkehrs- und Baulasträger im Netz des Individual- und des öffentlichen Verkehrs mit den betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften eingeladen. Geladen waren ebenfalls Vertreter der Bezirksregierung und der zuständigen Polizeipräsidien sowie die IHK und die Handwerkskammer als Vertreter der Wirtschaft.

In der Konferenz bestand Einigkeit darüber, dass die anstehenden erheblichen Investitionen in den Erhalt und zum Teil auch in die Verbesserung der Infrastruktur im Bonner Raum als positives Signal zu werten sind. Zugleich wurde die Sorge deutlich, dass die mit den Baumaßnahmen verbundenen Einschränkungen in der Kapazität der Straßenverkehrsinfrastruktur über viele Jahre zu einer erheblichen zeitlichen und ökonomischen Belastung für die Verkehrsteilnehmer führen werden – zumal das übrige Straßenverkehrsnetz kaum Kapazitätsreserven für verdrängte Verkehre aufweist und auch die Infrastruktur des Öffentlichen Verkehrs gerade in den kritischen Spitzenzeiten die zusätzliche Aufnahme von umsteigewilligen IV-Nutzern kaum noch zulässt.

Alle Teilnehmer äußerten die Bereitschaft, durch intensive gegenseitige Information und offene Kommunikation die Koordinierung der verschiedenen Maßnahmen der im Raum Bonn aktiven Baulasträger zu optimieren und die Grundlagen für eine optimale Information der Öffentlichkeit zu schaffen.

Um dem gerecht zu werden, ist Transparenz und Nachvollziehbarkeit von technischen Entscheidungen über Bauverfahren wie von Beurteilungen von Folgewirkungen der Eingriffe ins Verkehrsnetz eine vordringliche Aufgabe.

Den Ausführungen der Vertreter des Landesbetriebs Straßen NRW war zu entnehmen, dass die Wirkungen der unterschiedlichen Betriebszustände im Verlauf von Baumaßnahmen lediglich anhand von überschlägigen Abschätzungen der jeweiligen Einzelmaßnahmen beurteilt würden.

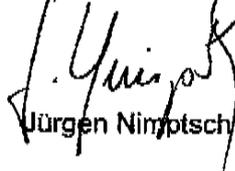
Eine Verkehrssimulation mit Betrachtung der Folgewirkungen im weiträumigen Netz erfolge hingegen nicht, da sie von der Genehmigungsbehörde nicht eingefordert werde. Nach Auffassung der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises ist eine solche jedoch bei erheblichen Eingriffen in die Kapazität eines Verkehrsweges unabdingbar. Erst eine möglichst umfassende Kenntnis der Folgewirkungen ermöglicht eine wohl abgewogene Entscheidung über alternative Bauverfahren und Betriebsformen von Baustellen. Und nur für eine Entscheidung, in deren Vorbereitung alle zu betrachtenden Belange eingeflossen sind, kann gemeinsam in der Öffentlichkeit um Akzeptanz und Verständnis geworben werden.

Als Beispiel sei das vom Landesbetrieb für die Sanierung der Fahrbahnübergänge der Friedrich-Ebert-Brücke (A 565) gewählte Bauverfahren genannt, welches eine je Richtung einstreifige Verkehrsführung auf der heute sechsstreifigen Autobahnbrücke vorsieht. Die Konferenzteilnehmer gewannen hier den Eindruck, dass hier eine stark an den Interessen des Baulastträgers orientierte Optimierung stattgefunden hat und zulasten der anderen Belange erhebliche weiträumige Verkehrsstörungen auf die Region Bonn in Kauf genommen wurden. Dies erstaunt umso mehr, als anlässlich einer Baumaßnahme während der Sommerferien des Jahres 2011 mit gleicher Verkehrseinschränkung sehr negative Erfahrungen gemacht wurden.

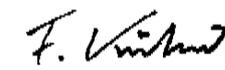
Vor diesem Hintergrund möchten wir gemeinsam die Bitte an Sie richten darauf hinzuwirken, dass der Landesbetrieb Straßen NRW bei der Planung von Baumaßnahmen an Fernstraßen, die mit Einschränkungen der Durchflusskapazität während der Verkehrsspitzenzeiten verbunden sind, grundsätzlich eine Verkehrssimulation unter Betrachtung des Gesamtnetzes einschließlich der zum Simulationszeitpunkt absehbaren anderweitigen Baumaßnahmen durchführt und deren Ergebnisse mit den betroffenen Gebietskörperschaften erörtert. Wir sind überzeugt, dass dies erheblich zur Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen und zur Versachlichung der öffentlichen Diskussion beitragen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Bonn, den 31.01.2013

  
Jürgen Nimptsch

Siegburg, den 7.2.2013

  
Frithjof Kühn